

**Pressesprecher
Bernd Sanders**Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>
e-mail: info@cdu.ltsh.de**PRESSEMITTEILUNG****Nr. 477/02 vom 13. November 2002**

Tourismuspolitik

TOP 21**Hans-Jörn Arp: Fehler muss korrigiert werden**

Die derzeitige Ferienregelung, dies hat sich für mich leider erst im Nachhinein gezeigt, ist für die Tourismuswirtschaft nicht hinnehmbar.

Der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom Mai 1999 zur Ferienregelung von 2003 bis 2008 ist offensichtlich von nur Wenigen wahrgenommen worden.

Entscheidend für diese Ferienregelung ist die Sinnhaftigkeit auch für unsere Tourismuswirtschaft. Alle Bemühungen gehen dahin, zu Lösungen zu kommen, die unsere Anstrengungen zur Stärkung des Tourismus nicht konterkarieren. Die geltende Regelung verkürzt die Saison von bisher rund 90 auf nunmehr rund 70 Tage. Der Ausfall eines einzigen Tages führt in der bundesweiten Tourismusstatistik zu einer Umsatzverringerung von rund 100,0 Mio. € - täglich!

Die Verbände haben – im Gegensatz zu uns allen hier im Parlament – rechtzeitig auf die gravierenden Nachteile der beschlossenen Ferienregelung hingewiesen. Noch am 07. Mai 1999 hat der tourismuspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion alle Ministerpräsidenten der Länder angeschrieben und auf die Problematik hingewiesen.

Die Einengung der Ferien ist nicht nur wegen der Saisonverkürzung nachteilig, sondern auch weil die Konzentration, insbesondere für Familien mit schulpflichtigen Kindern, zu einer Verteuerung des Urlaubs führt.

Überfüllte Ferienorte, steigende Preise und noch mehr Verkehrsstaus machen den Urlaub in Deutschland nicht attraktiver. Das Risiko, Gäste an andere Regionen zu verlieren, darf nicht unterschätzt werden.

Jeder Gast, der sich von seinem langjährigen Ferienort abwendet, ist ein verlorener Gast, der in der Regel nicht wiederkommt.

Der Tourismus ist für unser Land eines der wichtigsten wirtschaftlichen Standbeine. Daran dürfen wir nicht sägen, sondern wir müssen es stärken!

Die Kultusministerkonferenz hat eine Regelung getroffen, die sich als nachteilig für unseren Tourismus erweist. Wir haben nahezu alle mehr oder weniger versäumt, uns intensiver mit dieser Problematik zu befassen.

Für die Jahre 2003 und 2004 dürfte wahrscheinlich im nachhinein eine Änderung nicht mehr möglich sein. Die Tourismuswirtschaft hat selbstverständlich bei ihren Planungen Anspruch auf Vertrauensschutz. Viele Unternehmen haben ihre Verträge schon längst unter Dach und Fach. Ich gehe daher davon aus, dass erst für die Folgejahre eine Neuregelung möglich, aber auch notwendig ist.

Auch ich ziehe mir den Schuh an, etwas versäumt zu haben. Dies ändert jedoch nichts daran, dass im Interesse der Urlauber und der Ferienregionen dringender Änderungsbedarf besteht. Wir wollen damit nicht Parteipolitik machen, sondern einen Fehler korrigieren.

Ich bitte Sie daher herzlich, unserem Antrag zuzustimmen. Wir brauchen eine Änderung. Unsere Tourismuswirtschaft erwartet von uns Handlungsfähigkeit und einen Beschluss für unser schönes Tourismusland Schleswig-Holstein.